14.05.2019 Presseinformation

Bürgerabordnung trifft Petitionsausschuss des Landtag NRW

**Das Aktionsbündnis: Schützt Menschen und Tiere im Detmolder Westen und das kürzlich gegründete Netzwerk "Bündnis pro Mensch & Natur: Kein Neubau der B-239 in Lippe" kooperieren. Gemeinsam treten für den Naturschutz und gegen den ausufernden Flächenfraß ein. Ein Gespräch mit dem Petitionsausschuss des Landtags NRW macht auf die Interessen der Bürger aufmerksam und zeigt Ärgernisse und Ungereimtheiten in Bezug auf städtebauliche Pläne und Straßenbauplanungen.**

Eine Abordnung mehrere Bürgerinnen und Bürger hatte am Montag den 13.05.2019 einen gemeinsamen Termin um 17:15 Uhr mit dem Petitionsausschuss vom Landtag NRW. Die Probleme in sind vielschichtig. Die Naturzerstörung durch den Menschen hat weltweit zum Klimawandel und zu einem massiven Artensterben geführt. Studien belegen das zuhauf. Auch in Lippe ist diese Negativentwicklung zu spüren. Die Bürger wollen, dass politische Entscheidungen, die vor Jahrzehnten getroffen wurden und maßgeblich die Zukunft im Kreis Lippe beeinflussen, unter den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen betrachtet, überdacht und neu getroffen werden: Im Sinne der Menschen, im Sinne der Natur.

Uwe Suermann als Sprecher von dem erst kürzlich gegründeten "Bündnis pro Mensch & Natur: Kein Neubau der B-239 in Lippe" erläuterte das Anliegen der B239n -Gegner. Das Bündnis am 09. April 2019 von Verbänden, Umwelt- Initiativen, Landwirten, Anwohnern und Unternehmern gebildet hat Zweifel an den Beschlussfassungen für den Aus- bzw. Neubau der B239 quer durch Lippe. Die Unterlagen dazu seien nicht nachvollziehbar. Sie bitten den Petitionsausschuss um Prüfung der Sachlage und um Unterstützung, damit die vom Bau der B239n bedrohten Landschaften und die Heerser Mühle erhalten werden können. "Der Neubau der B239n ist überdimensioniert und naturzerstörend", erläutert Suermann. Und weiter: "Die Pläne sind veraltet und müssen verhindern werden. In der Zeit des Klimawandels wäre es unverantwortlich Straßenprojekte dieser Art umzusetzen."

Helmut Krüger (Vorsitzender) und Annette Heuwinkel-Otter (Sprecherinnen) vom "Aktionsbündnis: Schützt Menschen und Tiere im Detmolder Westen e.V." zeigten anhand von verschiedenen Unterlagen auf, dass die Pläne der Stadt Detmold zu den Gewerbegebieten Peterskamp und Balbrede in Zweifel gezogen werden müssen. Die Bürger empfinden die Planungen als unrealistisch, mit Blick auf das Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Münster. Eine Klage vor dem OVG gab den Bürgern Recht und stoppte den Bebauungsplan "Balbrede" im März 2018. Die Stadt Detmold prüft derzeit einen zweiten Anlauf. Gutachten dafür sind mit 70.000 Euro veranschlagt. "Jetzt erneut 70.000 Euro für Gutachten und Experten einzusetzen empfinden die Bürger als Verschwendung von Steuergeldern" so Heuwinkel-Otter. Helmut Krüger erklärt: "Die Detmolder Westen ist bereits mit Industrie-/Gewerbebetrieben und Verkehrslärm auf der Lageschen Straße sehr belastet. Die Ackerflächen und deren Artenvielfalt (u.a. Kiebitze, Feldlerchen, Starre, Fledermäuse) und das NSG Oetternbach, als wichtigste Kaltluftschneise für die Innenstadt Detmolds, müssen erhalten bleiben."

Der Petitionsausschuss wird die Sachlage zu beiden Themen umfassend prüfen. Frau Stock erklärt zum Thema Gewerbegebietsplanung und Urteilsbegründung: "Das gibt eine dicke Akte und wird uns einige Zeit beschäftigen. Ein Ortstermin wird sicher notwendig sein, um sich ein realistisches Bild machen zu können."

Kontakt: Helmut Krüger